



STÄRKER MIT UNS.

Für eine nachhaltige und zukunftsorientierte
Transformation im IndustrieLÄND BW 2035



Wir stehen für lebenswerte Kommunen, für eine starke Industrie mit sicheren Arbeitsplätzen.
Wir stehen für Demokratie und Zusammenhalt. Mit unserer ganzen Kraft stellen wir uns entschlossen gegen Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

Wir sind der DGB Baden-Württemberg.

Auf der 23. Ordentlichen Bezirkskonferenz im Januar 2026 haben wir gemeinsam die Weichen für ein gerechtes Baden-Württemberg gestellt. Die 100 Delegierten aus den 8 Gewerkschaften haben intensiv miteinander diskutiert und sich auf gemeinsame Positionen verständigt.

Dies zeigt: Gewerkschafterinnen und Gewerkschaften stehen zusammen.
Gerade in Zeiten wie diesen lassen wir uns nicht spalten.

Hier dokumentieren wir den von der DGB Konferenz beschlossenen Antrag:
Für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Transformation im IndustrielÄND BW 2035

*Für ein gerechtes Baden-Württemberg.
Das ist unser gemeinsamer Auftrag.
Solidarität gibt uns Kraft.*

A handwritten signature in black ink, reading 'K. Burmeister'.

Kai Burmeister
Vorsitzender DGB Baden-Württemberg

A handwritten signature in black ink, reading 'Maren Diebel-Ebers'.

Maren Diebel-Ebers
Stellvertretende Vorsitzende DGB Baden-Württemberg

1. Einleitung: Jetzt die Weichen stellen für das IndustrieLÄND BW 2035!

Die Industrie in Baden-Württemberg ist unverzichtbar! Mit einer Wertschöpfung von 190 Mrd. EUR, über 1,5 Millionen Arbeits- und 75.000 Ausbildungsplätzen trägt sie maßgeblich zu unserem gesellschaftlichen Wohlstand bei. Sie ist Motor für Innovation und Exportstärke, Taktgeber für viele Dienstleistungen, ein wichtiger Teil des baden-württembergischen Selbstverständnisses, Erbringer von technischen Lösungen für Zukunftsaufgaben und in der Summe eine nicht zu ersetzende Säule unseres Gemeinwesens. Soziale Sicherheit, politische Stabilität und eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur im ganzen Land hängen stark von ihrer Entwicklung ab. Um es auf den Punkt zu bringen: Wenn das Licht in den Werkshallen ausgeht, kann es auch im Schwimmbad oder der Stadtbibliothek schnell dunkel werden. Und am Ende landet die Unzufriedenheit an der Wahlurne bei der AfD.

Was lange Zeit undenkbar schien, ist heute eine ernstzunehmende Gefahr: Die Deindustrialisierung Baden-Württembergs. Serien laufen ohne Nachfolgeprodukte aus, Verlagerungen von Produktion und Entwicklung stehen an oder sind bereits vollzogen. Investitionen – auch in Forschung und Entwicklung – werden im Ausland getätigt, Standorte abgewickelt, Zukunftstechnologien jenseits des Landes industrialisiert, Arbeits- und Ausbildungsplätze abgebaut. Es droht eine Abwärtsspirale, die die über Jahrzehnte gewachsene Struktur aus einem starken Mittelstand, zahlreichen Weltmarktführern und Konzernzentralen, eng eingebunden in Wertschöpfungsketten und verknüpft mit Forschungseinrichtungen, Universitäten und Hochschulen, gefährdet.

Wir stehen an einem Wendepunkt. Und müssen jetzt entschlossen, rasch und mutig handeln, um eine gute Zukunft für unser Land nicht zu riskieren. Viele Kolleginnen und Kollegen teilen dies und blicken sorgenvoll in die Zukunft. Sie erwarten zu Recht Antworten: Von den Gewerkschaften, den Unternehmen und zunehmend auch von der Politik. Wir stehen gemeinsam in der Pflicht, durch unseren Einsatz für Sicherheit im Wandel, durch Mitbestimmung und die Organisation von Teilhabe einen elementaren Beitrag zur Stärkung einer lebendigen, freiheitlichen Demokratie sowie einer prosperierenden Wirtschaft mit Chancen für alle zu leisten.

2. Baden-Württembergs Industrie unter Druck

Die baden-württembergische Industrie befindet sich in einer tiefen Krise, da die einstigen Erfolgsbedingungen – günstige fossile Energie, freier Welthandel und externe Sicherheit – nicht mehr existieren oder stark geschwächt sind. Während globale Wettbewerber wie China und die USA massiv in Zukunftstechnologien investieren, ihre Märkte schützen und uns unseren Vorsprung streitig machen, sind wir zurückgefallen: Wichtige Standortfaktoren wie eine leistungsfähige Infrastruktur, schnelle und transparente Verwaltungsabläufe und wettbewerbsfähige Energiekosten wurden vernachlässigt, die Digitalisierung verschleppt und strategische Ziele zwar formuliert, aber zu wenig für deren Erreichung getan. Statt uns an die Spitze von nachhaltigen Zukunftstechnologien und -verfahren, digitaler Transformation und Innovation zu setzen, durchleiden wir gegenwärtig einen Teufelskreis aus politischen Versäumnissen, Umsetzungsdefiziten und einem häufigen mut- und ideenlosen Management, welches sich an kurzfristigen Renditezielen orientiert.

Obwohl unsere Kolleginnen und Kollegen jeden Tag aufs Neue beweisen, dass wir in Baden-Württemberg über herausragende Qualifikationen und eine große Motivation verfügen, die uns in vielen Bereichen weltweit an die Spitze gebracht haben, reicht dies nicht aus. Die Rahmenbedingungen müssen jetzt dramatisch verbessert werden,

damit unsere Stärke nicht verpufft. Notwendig ist eine kohärente Strategie gegen den derzeitigen Wettbewerb von privatwirtschaftlichen Unternehmen gegen staatlich massiv gestützte Aktivitäten großer Wirtschaftsmächte, die vor allem auf einer deutlichen Verbesserung der hiesigen Standortbedingungen aufsetzt.

3. Unser Anspruch: Die baden-württembergische Industrie ist die modernste der Welt!

Für uns ist klar: Baden-Württemberg muss ein zukunftsorientiertes Industrieland bleiben und kann dies nur aus einer Spitzenposition heraus erreichen. Unser Zielbild lässt sich in wenigen Sätzen zusammenfassen:

Baden-Württemberg wird im Jahr 2035 weltweit führend sein als Ausrüster für die digital vernetzte, intelligente und ökologisch nachhaltige Produktion und produktionsnahen Dienstleistungen. Der baden-württembergische Maschinenbau ist dabei der global nachgefragte Lösungsanbieter, weil er es geschafft hat, Robotik mit KI zu verbinden und in menschenzentrierte, kompetenzorientierte Arbeitsumgebungen zu integrieren. Smart Factories haben die Produktionslandschaft transformiert. In den automatisierten und digital vernetzten Werken steuern Facharbeiter*innen und Expert*innen eine hochflexible, effiziente, ressourcenschonende und weitgehend CO₂-neutrale Produktion. Die enge Verzahnung von Entwicklung und Produktion sowie die hohe Qualität von Facharbeit ermöglichen ein weltweit einzigartiges Know-how von der Forschung bis zur Serienreife.

Der Anlauf neuer Produkte findet in Baden-Württemberg statt, weil hier die beste Industrialisierungskompetenz vorhanden ist. Das Dilemma der sinkenden Arbeitsproduktivität konnte aufgelöst werden. Mensch und intelligente Roboter arbeiten eng zusammen und ergänzen sich; der Einsatz von generativer KI in den digitalen Geschäftsprozessen optimiert die Abläufe, ohne dabei menschliche Arbeitskraft überflüssig zu machen. In der modernen Produktion werden die Prozesse von Menschen programmiert und gestaltet, Beschäftigte steuern die Abläufe und koordinieren die Aktivitäten mit eigenen Entscheidungen.

Der Ausbau der Biotechnologie im Land wird durch einen engen Zusammenschluss von Maschinenbau, Medizintechnik und Life Sciences ermöglicht. Die Verbindung von Technologiekompetenz und biologischen Prozessen führt zu Innovationssprüngen in Industrie, Landwirtschaft und Medizin. Wichtige Medikamente können dadurch weiter in Baden-Württemberg erforscht und produziert werden. Die industrielle Gesundheitswirtschaft ist dadurch ein fest verankerter Bestandteil der baden-württembergischen Wirtschaft. Die Nutzung von KI und humanoider Robotik ist nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Landwirtschaft und im Dienstleistungsbereich etabliert.

Traditionsreiche Branchen wie die Papier- und Keramikindustrie sind mit innovativen Produkten und hochmodernen Verfahren weiter taktgebend im globalen Wettbewerb. Durch einen Einstieg in die Klimaneutralität der Produktionsprozesse mit Wasserstoff oder durch Elektrifizierung ist die Grundlage für eine solide Zukunft gelegt. In der Chemieindustrie können Cluster wie am Hochrhein erhalten werden, und Kunststoffprodukte, insbesondere für Hochleistungsanwendungen, werden weiter im Südwesten produziert.

Nicht zuletzt setzt das IndustrieLÄND Baden-Württemberg Maßstäbe in seiner ureigenen Kernindustrie – als Leitentwickler und Leitmarkt für nachhaltige und CO₂-neutrale Mobilität. Innovative Entwicklungen für neue Antriebskonzepte rund um Batterie-Elektrik, Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe kommen aus Betrieben und

Raffinerien in Baden-Württemberg, eng verzahnt mit moderner Stadtentwicklung und Mobilitätsplanung, z.B. Wohnquartiere mit guter sozialer und verkehrsmäßiger Infrastruktur wie Bereitstellung von Kitaplätzen, genügende und erreichbare Stellen der Gesundheitsversorgung. Gleichzeitig entstehen Leitmärkte für Elektrolyseure sowie mobile und stationäre Brennstoffzellen im Land. Der Ausbau der Kreislaufwirtschaft und Cleantech ist die Antwort auf die Knappheit an natürlichen Rohstoffen und seltenen Erden.

Ebenso verbindet die Lebensmittel- und Getränkeindustrie weiter ihre jahrzehntelange Erfahrung mit industrieller Spitzenkompetenz und steht als entscheidender Faktor für sichere, hochwertige und nachhaltig produzierte Nahrungsmittel. Die Betriebe sind Innovationstreiber bei ressourcenschonenden Verfahren, klimaneutraler Produktion und der Entwicklung neuer Produkte – ob regionale Qualitätsmarke oder global nachgefragte Spezialitäten. Die Beschäftigten dieser Branchen sichern die zuverlässige Versorgung der Gesellschaft mit dem, was wir täglich brauchen. Damit sichern Mineralbrunnenbetriebe, Brauereien, die Süßwaren- und Backwarenhersteller bis hin zu innovativen Lebensmittelunternehmen die Beschäftigung, Ernährungssouveränität und Zukunftsperspektiven im Land.

Im IndustriELÄND BW werden Beschäftigte nicht als Kostenfaktor betrachtet, sondern ermutigt und ermächtigt, ihre Kompetenzen, ihr Können und ihre Ideen weiterzuentwickeln und einzubringen. Die Beschäftigten sind stolz darauf, in ihren Tätigkeiten zu den Weltbesten zu gehören und erhalten dafür dank starker Gewerkschaften und kompetenten Betriebsräten und Vertrauensleuten die verdiente Anerkennung und Respekt. Experimentierräume, betriebliche Reallabore und innovative Arbeits- und Prozessgestaltung „Made in Baden-Württemberg“ sind das Markenzeichen der hiesigen Industrie sowie über unsere Grenzen hinaus Vorbild für die Gestaltung der Arbeit der Zukunft.

Den Kern dieser beteiligungsorientierten Arbeitspolitik bilden innovative, vielfältige Tarifverträge, aktive Mitbestimmungsstrukturen und eine umfangreiche Beteiligung der Beschäftigten an den Veränderungs- und Gestaltungsprozessen in den Betrieben. Erhalt und Ausbau der betrieblichen Verankerung als dessen Voraussetzung ist ein entscheidender Schlüssel zur Überwindung der aktuellen Krise und Kernaufgabe des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften. Für den Industriestandort Baden-Württemberg muss gelten: Besser statt billiger. Durch und mit starken Gewerkschaften.

4. Unsere Kernforderungen für eine zukunftsfähige Industriepolitik:

4.1 Bündelung der Kompetenzen und Zuständigkeiten in der Landespolitik

- Es braucht eine strategische industriepolitische Orientierung der Landesregierung aus einem Guss, um die Geschwindigkeit und Verbindlichkeit von Entscheidungen und deren Umsetzung zu erhöhen und den Einfluss des Landes mit Blick auf die zentralen Handlungsebenen Bund und EU zu stärken. Dafür müssen die bislang dysfunktional zersplitterten Kompetenzen in Fragen von Wirtschaft, Energie, und Infrastruktur gebündelt und eine enge Verzahnung mit den Bereichen Arbeit und Verkehr gewährleistet werden.
- Ein zentraler, mit eigenen Ressourcen ausgestatteter Beirat aus Wirtschaft und Gesellschaft (u.a. den Sozialpartnern) unterstützt die Landesregierung bei der Ausformulierung und Umsetzung der öko-sozialen Transformation der Industrie im Sinne der Beschäftigten.

4.2 Zugang zu Kapital und Innovationsförderung sicherstellen

- Unternehmen, die im Zuge der Transformation neue Produkte, Technologien und Märkte erschließen, benötigen hierfür Zugang zu Kapital. Das Land muss hier aktiv unterstützen.
- Wir fordern den Ausbau und die intelligente Weiterentwicklung von Landesbürgschaften, Zinsverbilligungen, stillen Einlagen und weiteren innovativen Finanzierungsinstrumenten (auch Projektförderungen), um Investitionen in zukunftsfähige Geschäftsmodelle in Verbindung mit Beschäftigungs- und Standortsicherung zu ermöglichen.
- Die Förderung umfasst auch kleinere Summen, die rasch und ohne größeren Bürokratieaufwand für KMU bereitgestellt werden. Ein solcher Topf ist anfänglich mit 500 Mio. EUR pro Jahr auszustatten. Es gilt: Nicht bei uns industrialisierte Innovationen können wir uns nicht länger leisten.

4.3 Energiesicherheit und Wettbewerbsfähigkeit gewährleisten

- Baden-Württemberg benötigt stärker als je zuvor konkurrenzfähige Standortbedingungen. Dazu gehört die Einführung eines Industriestrompreises auf globalem Niveau und Deckelung der Netzentgelte auf maximal drei Cent pro Kilowattstunde.
- Unterschiedliche Strompreise in Deutschland lehnt der DGB Baden-Württemberg entschieden ab und fordert entsprechend den Erhalt einer bundesweiten, einheitlichen Stromgebotszone.
- Das Land muss die Verfügbarkeit, Verlässlichkeit und Bezahlbarkeit von Energie sicherstellen. Kohlekraftwerksstilllegungen sind nur bei nachgewiesener Grundlastabsicherung durch neue emissionsarme und effiziente Kraftwerke akzeptabel.
- Die Planung und der Ausbau von regenerativen Anlagen muss beschleunigt und gesellschaftlich notwendige Infrastruktur bevorzugt werden. Dies beinhaltet, dass Planfeststellungsverfahren bei Wahrung demokratischer Beteiligung drastisch beschleunigt werden.

4.4 E-Mobilität und Fahrzeugbau: Baden-Württemberg muss Auto- und Fahrzeugland bleiben

- Der Erhalt der industriellen Leistungsfähigkeit Baden-Württembergs kann nur gelingen, wenn die zentrale Leitbranche rund um den Fahrzeugbau (einschließlich LKW und Zulieferern) ihre Spitzenstellung behält. Mit Blick auf Entwicklung und Produktion von innovativen Mobilitätslösungen gleichermaßen. Dabei kommt der E-Mobilität eine besondere Bedeutung zu, deren volles Potenzial nun beherzt erschlossen werden muss.
- Notwendig ist ein massiver und beschleunigter Ausbau der öffentlichen und privaten Ladeinfrastruktur entlang tatsächlicher Bedarfe (inkl. Schnellladesäulen und intelligenter Ladekonzepte; auch für den LKW-Bereich) sowie die Sicherstellung fairer und transparenter Ladepreise für Verbraucher und Unternehmen.

- Die Modalitäten öffentlicher Beschaffung (z.B. Feuerwehrfahrzeuge) müssen zwingend so ausgestattet sein, dass – soweit verfügbar – hiesige Anbieter zum Zuge kommen.
- Die Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich Batterietechnologien (insbesondere Festkörperbatterien), alternativer Antriebskonzepte, autonomes Fahren und Software muss gestärkt werden, um in allen Feldern die Technologieführerschaft wiederzuerlangen.
- Um eine nachhaltige Wertschöpfungskette zu etablieren, Industriearbeitsplätze zu schaffen und Abhängigkeiten zu verringern, muss der Bereich Batterierecycling stärker ins Blickfeld rücken und vorangetrieben werden.
- Die Landesagentur e-mobil BW hat ihren Nutzen als wichtiger Impulsgeber unter Beweis gestellt und muss fortgeführt werden.

4.5 Maschinen- und Anlagenbau stärker in den Fokus nehmen

- Der Maschinenbau, mit ca. 340.000 Beschäftigten die größte Teilbranche im Land, steht wie die Automobilindustrie (von der sie teilweise abhängig ist) ebenfalls vor großen, mitunter unbewältigten, Umbrüchen.
- Aufgrund der stark mittelständischen Struktur mangelt es häufig an eigener Kraft, um Innovationen voranzutreiben, neue Märkte zu erschließen, neue Geschäftsfelder zu entwickeln, die Chancen von Digitalisierung, Robotik und KI zu nutzen. Auch wenn es in erster Linie Aufgabe der Unternehmen ist, Antworten auf neue Herausforderungen zu finden, muss dieser Prozess angesichts dessen Tiefe und Reichweite wirtschafts- und technologiepolitisch flankiert werden.
- Notwendig dafür ist die Einrichtung einer Landesagentur Maschinenbau (samt Beirat), die Expertise und Know-how bündelt und bereitstellt, Vernetzung unterstützt, Förderungswege aufzeigt, bei der Abwicklung hilft und neue Initiativen entwickelt. Dies auch auf Basis eines konsequenten Branchenmonitorings, welches fortlaufend neue Chancen und Risiken analysiert und bewertet.
- Notwendig ist zudem eine stärkere Unterstützung des Landes von KMU bei der Exportförderung, des internationalen Marketings sowie bei der Erschließung neuer Märkte, um die globale Präsenz des baden-württembergischen Maschinenbaus zu stärken.

4.6 Schienengüterverkehr: Unverzichtbar für unsere Industriestandorte

- Der Ausbau von Terminals des kombinierten Verkehrs und Gleisanschlüsse müssen unbürokratisch gefördert werden. Weiter wird die Tank- und Ladeinfrastruktur für Wasserstoff- und E-Lkw an Umschlagbahnhöfen aufgebaut.
- Railcoaches als Kümmerer und Lotsen für den Schienengüterverkehr werden finanziert, damit Unternehmen bei Verkehrsverlagerung und Inanspruchnahme von Förderprogrammen Unterstützung erhalten. Ergänzend werden Gleisanschlüsse für Industrie- und Logistikstandorte zum verbindlichen Standard der Flächen- und Verkehrsplanung.
- Im Bundesrat fordert das Land den ambitionierten Ausbau des Schienennetzes mit Elektrifizierung, Digitalisierung und mehr Kapazität vom Bund.

4.7 Die Industrielle Gesundheitswirtschaft als Schlüsselindustrie stärken

- Um Baden-Württemberg als Deutschlands stärksten Pharmastandort zu erhalten, müssen die Rahmenbedingungen für diese forschungsstarke Branche verbessert werden. Hierfür ist die konsequente Umsetzung der Pharmastrategie für Baden-Württemberg notwendig, begleitet von öffentlicher Förderung für die Grundlagenforschung.
- Eine Entbürokratisierung durch Digitalisierung, insbesondere bei klinischen Studien, sowie die Sicherstellung der Versorgungssicherheit für Patient*innen über die gesamte Angebotsvielfalt im Sinne der Gesundheit sind weitere zentrale Anliegen.
- Im Bereich der (roten) Biotechnologie sind die Forschungsaktivitäten unter dem Leitmotiv des gesunden Menschen zu stärken. Zudem ist der Ausbau der Clusteraktivitäten zur Synergiestärkung unerlässlich. Der Erhalt der BIO PRO BW spielt dabei eine wichtige Rolle für den Ausbau der Vernetzung und die Unterstützung der industriellen Gesundheitswirtschaft.

4.8 Wohnungsbau an den Erfordernissen des Landes und der Menschen ausrichten

- Transformation und ein lebenswertes LÄND gelingen nur mit mehr leistbarem Wohnraum. „Wohnen können“ ist ein entscheidender Faktor zur Gewinnung und Bindung von Arbeits- und Fachkräften.
- Der Wohnungsbau insgesamt, insbesondere jedoch der „soziale Wohnungsbau“, wird noch stärker gefördert, von der öffentlichen Hand selbst initiiert und entwickelt. Neben der weiteren Erhöhung der (Landes-) Fördermittel und deren gezielten Einsatzes für mehr Mehrfamilien- und Mehrgeschoss-Wohnungsbau müssen Land und Kommunen die Bodenbevorratungs- und Bodenbereitstellungspolitik deutlich ausbauen, damit einer der „Hauptkostentreiber“ wieder unter gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten gesehen wird und Baden-Württemberg als guten Standort erhält.

4.9 Leistungsfähige und hochkompetente Bauwirtschaft als Fundament guter Entwicklungen

- Mit der Bauwirtschaft haben das Land Baden-Württemberg und dessen Industrie- und Gewerbebranchen einen verlässlichen Partner zur Weiterentwicklung von Produktion und Dienstleistungen. Bau bleibt ein entscheidender Faktor für das Gelingen der Transformation.
- Bauwirtschaft wird dabei ganzheitlich betrachtet – von der Rohstoffgewinnung und Rohstoffverarbeitung über Bauen, Ausbauen bis zur Entsorgung. Zudem werden Bauwerke im Rahmen von Gesamtenergiebilanzen- und Gesamtkostenanalysen aus der gesamten Wertschöpfungskette und im gesamten Lebenszyklus des Bauwerks bewertet. Höhere Baukosten zu Beginn können Kosten bei späterem Umbau und der Sanierung sparen und veränderte Anforderungen, z.B. für altersgerechtes Umbauen erfüllen.

4.10 Wasserstoff und weitere Schlüsseltechnologien zur Klimaneutralität vorantreiben

- Bis 2030 muss ein klares Konzept für Wasserstoffverteilnetze entwickelt und mit dem Bau von Pipelines begonnen werden, wobei die öffentliche Hand hier in

Vorleistung gehen muss. Dies umfasst auch eine Ladeinfrastruktur für den LKW-Bereich und weitere Anwendungsfelder.

- Parallel dazu sind Investitionen in effizientere Wasserstofferzeugungsverfahren in Baden-Württemberg notwendig, um diese unverzichtbare Säule der Energiewende im Land zu industrialisieren. Der DGB unterstützt Forderungen nach einem rechtlichen Rahmen, der die gesamte Farbpalette von „buntem Wasserstoff“ als Brückentechnologie auf dem Weg zu grünem Wasserstoff ermöglicht.

4.11 Zukunftsfähige Ernährung & industrielle Transformation in der Lebensmittel- und Getränkeproduktion

- Erforderlich sind ambitionierte und öffentliche Investitionsprogramme zur klimaneutralen Modernisierung für eine zukunftsfähige Ernährung: Effizienzsteigerung bei Energie- und Wasserverbrauch, Elektrifizierung von Prozessen, Nutzung von grünem Wasserstoff sowie Recycling- und Kreislaufverfahren. Hierbei sind die Erfordernisse kleiner und mittlerer Unternehmen entsprechend zu würdigen, damit auch diese Modernisierungsprojekte sozialverträglich umsetzen, ohne Beschäftigte zu verlieren oder zu benachteiligen.
- Für eine nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit müssen etwaige staatlich geförderte Klimaschutzverträge und Subventionen an strikte Anforderungen gebunden werden. Zum Beispiel: Bindung an Standortverpflichtungen, Ausschluss von Arbeitsplatzabbau und verbindliche Mitbestimmungsregelungen.
- Die politische Rahmensetzung muss sicherstellen, dass entlang der gesamten Lieferkette ökologische und soziale Vorgaben gelten. Insbesondere, dass der Preisdruck durch Handel oder Zwischenhändler nicht auf Produzent*innen und damit mittelbar die Beschäftigten abgewälzt werden darf.
- Schließlich ist Forschung und Entwicklung in nachhaltigen Lebensmitteln, neuartige Verarbeitungsverfahren und klimaresilienten Rohstoffen zu stärken, um Baden-Württemberg auch in dieser Branche als Innovationsstandort zu sichern und auszubauen.

4.12 Kreislaufwirtschaft, Ressourceneffizienz und CO₂-Speicherung nutzen

- Im Rahmen einer nachhaltigen Industriepraxis müssen Kreislaufwirtschaft und hohe Recyclinganteile bei allen Stoffströmen stärker gefördert werden, einschließlich der Nutzung industrieller Abwärme. Zudem ist die Verfügbarkeit von Recyclingprodukten als Rohstoff, beispielsweise Altpapier für die papiererzeugende Industrie, sicherzustellen.
- Die Antragsteller befürworten das Abscheiden, Speichern und die Nutzung von CO₂ im Rahmen der sogenannten CCS/CCU-Technologien für bestimmte Produktgruppen, Verfahren und besonders emissionsstarke Regionen. Dies stellt keine Abkehr vom Pfad in Richtung einer klimaneutralen Wirtschaft dar, sondern ist vielmehr eine für dessen Zielerreichung zwingend erforderliche Ergänzung.
- Die Gestaltung für die CO₂-Preisgestaltung muss so erfolgen, dass Unternehmen und Privathaushalte nicht überfordert werden. Grundsätzlich muss der Anstieg der Kosten im Gleichlauf mit dem Ausbau der Infrastruktur und der Einführung

weiterer Maßnahmen und Instrumente zur Reduktion von CO₂-Emissionen erfolgen.

4.13 Resiliente Rohstoffversorgung und faire Umweltstandards etablieren

- Der Industriestandort Baden-Württemberg benötigt den Aufbau eines Rohstoff-Monitorings sowie den Abschluss von Rohstoffpartnerschaften mit gebündelten Abnahmeverträgen, vornehmlich in stabilen Regionen wie der EU. Modelle für Vorratshaltung und Forschung zu Substituten seltener Erden sowie – falls möglich – deren Abbau in Baden-Württemberg sind ebenfalls von Bedeutung. Politik und Verwaltung unterstützen eine nachhaltige Nutzung und Entwicklung von Rohstoffgewinnungsstätten auch mit der Ausweisung neuer Abbaustätten, um eine möglichst dezentrale Gewinnung von Rohstoffen und damit klimaschonender Transporte zu erreichen.
- Abbaustätten und Naturschutzgebiete werden landesweit einschließlich angrenzender Gebiete der benachbarten Bundesländer betrachtet und sinnvolle Kooperationen entwickelt.
- Dieses Maßnahmenbündel erhöht zusammen mit der Kreislaufwirtschaft und dem Recycling unsere Resilienz und verringert Abhängigkeiten.
- Die Landesregierung muss sich weiterhin für die Sicherung und Einhaltung hoher Umweltstandards einsetzen, insbesondere im Hinblick auf REACH. Bezüglich der sogenannten Ewigkeitschemikalien (PFAS) fordern wir einen risikobasierten Einsatz mit längeren Übergangsfristen und weitere Forschungsförderung statt pauschaler Verbote, um die Ziele der Klimaneutralität nicht zu gefährden. Verbote und ambitionierte Ziele allein greifen hier zu kurz.

4.14 Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes stärken

- Land und Kommunen gewährleisten mit einem quantitativ und fachlich qualitativ gut ausgestatteten öffentlichen Dienst, guten Bildungseinrichtungen u.a.m. eine gute Zusammenarbeit mit der Industrie, dem Handwerk und produzierendem und verarbeitendem Gewerbe. Dies führt u.a. zu kürzeren Genehmigungszeiten, zielgerichteter, effizienter und fairer Vergabe von Aufträgen, womit eine nachhaltige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft verstärkt werden.

4.15 Welthandel stärken und fairen Wettbewerb fördern

- Wir fordern die Landesregierung auf, sich auf allen Ebenen für die Stärkung der Welthandelsorganisation (WTO) und den Abschluss weiterer bilateraler EU-Handelsabkommen zur Sicherung der baden-württembergischen Exportabhängigkeit einzusetzen. Bei unfairen Wettbewerbsbedingungen und in strategisch wichtigen Feldern dürfen „local-content“ Vorgaben nicht länger ein Tabu sein.
- Das Omnibus IV-Verfahren auf EU-Ebene ist kritisch zu begleiten. Es ist hilfreich, Berichtspflichten zu straffen und Doppelungen zu vermeiden. Gleichzeitig muss die EU aber ihren Einfluss für den Schutz von Arbeitnehmer*innenrechte sowie hohen Arbeits- und Umweltstandards weltweit geltend machen.

4.16 Fachkräftesicherung und Transformationsqualifizierung vorantreiben

- Wir setzen uns für eine massive Investition in Bildung und Forschung sowie eine landesweite Weiterbildungsinitiative ein, die durch gewerkschaftliche Weiterbildungsmentor*innen unterstützt wird. Dies beinhaltet die Begleitung von Beschäftigten bei Veränderungssituationen in der Branche und die Transformationsqualifizierung für Zukunftsfelder wie Luft- und Raumfahrt, Medizintechnik, Batterie und alternative Antriebe, Industrielle Gesundheitswirtschaft, Lebensmittelindustrie, Halbleiter oder Wasserstoff.
- Zudem fordern wir die gezielte Förderung von KI-Instituten und Pilotprojekten im Land, die Technologien zur Unterstützung der heimischen Industrie entwickeln und in die Anwendung bringen.
- Um junge Menschen für eine Ausbildung in der Industrie (sowie anderen Bereichen) zu gewinnen, müssen Mittel für die Bereitstellung von Azubi-Wohnungen bereitgestellt werden.

5. Unsere Unterstützung

- **Starke Tarifverträge:** Tarifverträge sind der Schlüssel zu höheren Einkommen. Sie stärken den Konsum, tragen maßgeblich zur Stabilität der Sozialversicherungen sowie der öffentlichen Haushalte bei und bieten funktionale Lösungen unter Einbeziehung der Betroffenen.
- **Gleichberechtigte Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung:** Der DGB setzt sich für eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen der Landesregierung und den Gewerkschaften ein, wobei wir uns als kompetente und sozial verantwortliche Partner sehen. Es ist entscheidend, dass die bestehenden Dialogformate der Landesregierung ausgebaut und mit mehr Befugnissen ausgestattet werden, um ihre Wirkung zu erhöhen. Gleichzeitig fordern wir eine Stärkung der betrieblichen und unternehmerischen Mitbestimmung, um die Interessen der Beschäftigten in der Transformation besser zu verankern.
- **Kontinuierliche politische Begleitung:** Der DGB wird die in diesem Antrag formulierten Inhalte in seine Positionierung für die kommende Landtagswahl einfließen lassen. Wir werden die entsprechenden Themen landespolitisch aktiv begleiten und dabei eng mit den Mitgliedsgewerkschaften zusammenarbeiten.
- **Neu ausgerichtete Industriepolitische Konferenz:** Der DGB Baden-Württemberg wird seine Industriepolitische Konferenz entlang dieses Antrages ausrichten. Ziel ist es, alle relevanten Akteure zusammenzubringen und ihre Handlungsfähigkeit zu stärken. So wollen wir sicherstellen, dass die Transformation in Solidarität unter den Kolleginnen und Kollegen erfolgreich gelingt.

6. Schlussbetrachtung: Packen wir es an!

Der DGB Bezirksvorstand Baden-Württemberg setzt sich entschlossen, selbstbewusst und kompetent für die Interessen der Beschäftigten ein, um Arbeitsplätze und Beschäftigung in der baden-württembergischen Industrie zu sichern. Wir stehen für die Zukunft von Industrie und Beschäftigung ein. Mit unserer Erfahrung, unserem Wissen und als direkt Betroffene. Angetrieben von unserem Zielbild für den Industriestandort und das Land! Angetrieben von dem unbedingten Willen, sozialen Fortschritt zu

organisieren! Angetrieben von der festen Überzeugung, dass das IndustrieLÄND Baden-Württemberg eine gute Zukunft für Mensch, Umwelt und Wirtschaft hat, wenn wir unsere Kraft bündeln und gezielt einsetzen. Packen wir es an!

Deutscher
Gewerkschaftsbund
Baden-Württemberg

DGB



BWGERECHT